

wirklichkeit ist sie über weite Strecken und in mancher entlegener und überraschender Thematik auf gewinnende und bereichernde Weise verpflichtet. Gelungen und hilfreich bleiben zahlreiche knappe Definitionen und Beschreibungen grundlegender Begriffe und Sachverhalte. Einfühlsame und gut nachvollziehbare Erschließungen einschlägiger Phänomene und ethischer Wirklichkeiten üben nicht selten eine große Faszination aus und sind von bleibendem Wert. Die ganze Breite der „christlichen Weltanschauung“, die Guardini in all seinen Schriften und in seinem akademischen Wirken entfaltete, wird hier deutlich, wobei das meiste, wenn auch in anderer Akzentuierung, aus seinen sonstigen Werken bereits bekannt ist. Dabei spiegeln diese Vorlesungen den unverwechselbaren persönlichen Einsatz und Stil dieses Denkers wider, der die darzubietende Sache auf eine kaum wiederholbare Weise mit seiner eigenen Existenz verknüpft hat.

Andererseits markiert genau dies die Grenze (auch) dieses Werkes. Wer sich auf die oben benannte ethische Grunderfahrung und deren christliche Dimension nicht von vornherein einzulassen vermag, wer der Neuzeit eine andere, weit positivere Bedeutung beimißt, wer die religiöse und (erst recht) christliche Dimension einer Ethik weniger in Gehorsam und Autonomie-Verzicht, als in gnadenhaft geschenkter Befreiung zu wahrer Freiheit und Selbstverwirklichung

sieht, dem wird vor allem der ohnehin fragmentarisch gebliebene theologische Teil dieser „Ethik“ erhebliche Probleme bereiten. Mehr als auf den ersten Blick erkennbar hat Guardini hier die für ihn konstitutive religiöse Begründung aller Sittlichkeit auf eine einzige Dimension des Christlichen, nämlich den unbedingten Gehorsam gegenüber der Offenbarung hin interpretiert und damit verkürzt.

Daß dabei seine eigene Schlüsselerfahrung nicht nur eine wichtige Rolle gespielt hat, sondern buchstäblich maßgebend wurde, dürfte außer Zweifel stehen. So anregend und bereichernd daher die Beschäftigung mit diesem posthum veröffentlichten und unvollendeten Werk Guardinis auch bleiben mag, so wichtig und unverzichtbar ist es, seinen Ansatz und seine theologische Grundlegung zu korrigieren, zu ergänzen und so weiterzudenken. Gerade die christlich motivierte ethisch gute Tat muß wohl mehr und auch anderes in die Welt hineinragen als (nur) die Hoheit Gottes. Was Guardini – möglicherweise in Bewußtsein seines allzu engen Ansatzes – unausgeführt ließ, vor allem die Abschnitte über die Liebe, die Hoffnung, die Gnade und die Erlösung, wird eine heutige christliche Ethik konstruktiv und inhaltlich deutlicher in den Mittelpunkt rücken müssen. Dabei könnte sich der Blick auf das sonstige Werk Guardinis, vor allem aber die Beschäftigung mit seiner Anthropologie paradoxerweise durchaus als hilfreich erweisen. *Arno Schilson*

# Bewährungsprobe für die Demokratie

## Politische und religiöse Spannungen in Albanien

*Im November 1994 fiel in Albanien die neue Verfassung bei einem Referendum durch. Die Ablehnung des Entwurfs belegte deutlich, daß die Stabilisierung der neuen demokratischen Ordnung trotz mancher Erfolge nur schleppend vorankommt. Probleme hat Albanien auch mit seinem südlichen Nachbarland Griechenland. Dabei geht es um die Rechte der griechischen Minderheit in Südalbanien; die Orthodoxe Kirche Griechenlands heizt die Spannungen teilweise an. Die katholischen Bischöfe Albaniens klagen über Beeinträchtigung der Freiheit von Religion und Kirche.*

Auch wenn scheinbar wichtigere Geschehnisse auf der weltpolitischen Bühne die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren auf sich gelenkt haben, vollzogen sich seit dem Sommer 1993 in dem kleinen Balkan- und Adria-Staat Albanien bedeutende, wenn auch nicht in jeder Hinsicht erfreuliche politische und gesellschaftliche Ereignisse. Es ist von Turbulenzen die Rede, ausgelöst vor allem durch die äußerst spannungsvollen Beziehungen mit dem Nachbarstaat Griechenland, durch den immer wieder aufflammenden Streit zwischen der Opposition und der regierenden Par-

tei um den innenpolitischen Kurs Albaniens, durch die Abrechnung mit ehemaligen Regierungsmitgliedern, durch regelrechte Hexenjagd auf kritische Journalisten, und nicht zuletzt aufgrund der Klagen albanischer katholischer Bischöfe wegen der Nichtachtung der Religionsfreiheit und der Rechte der Kirche.

Seit vielen Jahren wiederholt Griechenland seinen Vorwurf, seine Minderheit, für die es mehr Rechte fordert, sei einer Diskriminierung in Albanien ausgesetzt. Auch gebe es nicht genug Schulen, und die Religionsfreiheit werde massiv durch

die Behörden eingeschränkt. Auch über die Anzahl griechischstämmiger Albaner wird oft gestritten. Von seiten der albanischen Regierung wird nach wie vor an der Zahl 50 000–60 000 festgehalten. Diese Angabe resultiert jedoch nicht aus der Selbstdeklarierung der Befragten bei einer etwaigen Volkszählung, sondern aus dem von den Behörden vorgenommenen Eintrag im Personalausweis. Noch unter den albanischen Kommunisten galten nur jene als Griechen, die in geschlossener ethnischer Gemeinschaft lebten, und nur dort wurde ihnen der Minderheitenstatus zuerkannt. Durch Bevölkerungsumsiedlungen, die meist als politische Strafmaßnahmen der Enver-Hoxha-Diktatur vorgenommen wurden, wurde eine Assimilierungspolitik betrieben. Dies wurde damals auch in Griechenland registriert und wird heute allzugerade in Erinnerung gerufen. Demzufolge behauptet Athen, es gebe eine ethnische Minderheit von mindestens 400 000 Menschen. Vertreter der Albaniengriechen sprechen von etwa 200 000 Personen, rund 6 Prozent der 3,3 Millionen Einwohner Albanien, und führen dies nicht zuletzt auf den Ausgang der letzten Parlamentswahlen zurück, wo sie fast 3 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich vereinnahmen konnten.

Griechenland behauptet außerdem, daß sich an den unter der kommunistischen Diktatur üblichen Drangsalierungen und Verfolgung auch seit dem demokratischen Umbruch nichts geändert habe. Durch Festnahmen und Razzien werde die griechische Minderheit systematisch eingeschüchtert. Nach Auffassung westlicher Diplomaten war andererseits festzustellen, daß sich Griechenland seit der Öffnung der albanischen Grenze und der Entfaltung demokratischer Umgangsformen in der albanischen Politik und Gesellschaft, der griechischen Minderheit bedient, um im Süden Albanien an Einfluß zu gewinnen. Die zahlreichen griechischen Investitionen sowie intensive Handels- und Wirtschaftsbeziehungen lassen dies deutlich werden.

## Ein politischer Konflikt mit kirchlicher Komponente

Albanien warf wiederum den griechischen Nationalisten wie auch der Regierung in Athen oftmalige Verletzung der territorialen Souveränität Albanien, feindliche Aktivitäten zum Sturz der albanischen demokratischen Regierung sowie Kriegshetze und Kriegsvorbereitung zur Besetzung Südalbanien vor. Die Eskalation des Konflikts erreichte den ersten Höhepunkt, als ein albanischer Militärstützpunkt im unweit der Grenze gelegenen Dorf Peshkepi in der Region von Gjirokaster am 10. April 1994 von einer Bande von Extremisten aus Griechenland angegriffen wurde. Zwei albanische Soldaten kamen dabei ums Leben. Eine griechische Terrorgruppe „Befreiungsfront von Nordepirus“ bezichtigte sich des Anschlags. Die darauf folgende Verhaftung einiger Albanien-Griechen unter dem Verdacht, dem Überfallkommando logistische Hilfe geliefert zu haben und der Prozeß gegen sie löste Empörung in Griechenland aus. Infolge der

Einflußnahme griechischer Intellektuelle hatten auch einige internationale Menschenrechtsorganisationen mit Protest gegen die Art und Weise der Prozeßführung reagiert und die Regierung in Tirana beschuldigt, daraus einen politischen Schauprozeß machen zu wollen. Die diplomatischen Beziehungen beider Staaten verschlechterten sich unterdessen enorm. Nur noch Öl ins Feuer goß einige Monate später der griechische Luftwaffenoffizier *Thomas Vrakas*, der am 21. August 1994 eigenmächtig Flugblätter über griechisch bewohnten Gebiete in Albanien abgeworfen und zum Sturz von Staatspräsident *Sali Berisha* aufgefordert hatte.

Auf der internationalen Friedenskonferenz zur Aufteilung des europäischen Teils der Türkei nach Beendigung der Balkankriege 1912/1913 schlugen die europäischen Mächte den Norden der griechischen Provinz Epirus zu Albanien, ohne einen Austausch der jeweiligen Bevölkerungsminderheiten zu veranlassen. Albanien gewann seine Selbständigkeit zurück und wurde im Süden um ein Gebiet erweitert, das griechische Nationalisten in Anlehnung an ihren Landesteil bis heute als „Nordepirus“ bezeichnen. Die Grenzziehung in einem ethnisch gemischt besiedelten Raum erfolgte wie so häufig am grünen Tisch. Im Zweiten Weltkrieg holten sich griechische Truppen die Region gewaltsam zurück; die Alliierten aber setzten die Vorkriegsgrenze durch – die dort lebenden Griechen gerieten unter die Diktatur des Kommunisten *Enver Hoxha*, die Albaner wiederum blieben eine mißachtete Minorität in Nordgriechenland. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es bis in die 50er Jahre hinein zu bewaffneten Überfällen griechischer Partisanen. Erst Ende der 80er Jahre erklärte Athen den Kriegszustand mit Albanen für beendet.

Nach dem Ende des Kommunismus in Albanien brachen die angestauten Nationalgefühle hervor: Griechische Nationalisten erhoben Anspruch auf das verlorene Land, die albanische Regierung untersagte andererseits ihren Hellenen die Gründung einer eigenen Partei. Sie durften sich nur im Kulturbund „*Omonia*“ (Eintracht) zusammenschließen und wurden dann als Vereinigung der Albaniengriechen zu den Parlamentswahlen 1991 zugelassen. Daher gewannen sie 5 Parlamentssitze. Da aber ein Jahr später ein Gesetz die Teilnahme von Parteien und Gruppierungen auf religiöser, nationaler und lokaler Basis verbat, entstand als Ersatzorganisation die „Union für die Menschenrechte“, die nicht nur ethnischen Griechen offensteht und die seit den vorgezogenen Neuwahlen im März 1992 zwei Abgeordnete im Parlament stellt. Aus albanischer Sicht bedeutet diese Entwicklung und auch die verbesserte Lage der griechischen Minderheit immerhin einen Fortschritt im Vergleich zum Jahre 1913 oder zu der Zeit des Hoxha-Regimes einen Fortschritt.

Der griechisch-albanische Konflikt erhielt auch eine *kirchlich-religiöse Komponente*. Eine Folge der Bemühungen, Südalbanien zu hellenisieren, war die griechische Unterstützung zur Verbreitung der Orthodoxie. Als politisch motivierte Auslegung gilt seit längerem in den Kirchen- aber auch in manchen Regierungskreisen in Griechenland die Ansicht, alle Zugehörigen der albanischen orthodoxen Kirche

als Griechen anzusehen. Dies schadet nicht zuletzt dem mühsamen Aufbau der seit 1937 autokephalen Orthodoxen Kirche Albanien. Nach Schätzungen – mangels Statistiken – dürfte von etwa 500000–600000 orthodoxen Gläubigen in Albanien ein Zehntel griechischer Abstammung sein.

Im Zusammenhang mit dem griechisch-albanischen Konflikt geht es jedoch weniger um die Orthodoxe Kirche in Albanien schlechthin, sondern vielmehr um die politisch-nationalistisch motivierte Tätigkeit einzelner kirchlichen Würdenträger gegen die albanische Regierung. In Konitsa in unmittelbarer Nähe der albanischen Grenze wurde beispielsweise der Propaganda-Sender „89 FM, Radio Drynoupouli“ von dem griechisch-orthodoxen Bischof *Sevastinos* mit dem Ziel gegründet, den Anschluß der von der griechischen Minderheit bewohnten Bergregion in Südalbanien an Griechenland zu erreichen. Das gut ausgestattete Radio verfügt über 20 Mitarbeiter, zwei Studios und fünf Sendemasten. Der Sender bietet Beiträge aus Theologie und Geschichte, Kurse in griechischer Sprache sowie „Reportagen aus Nordepirus“ – wie es bei der Programmansage heißt –, und dazwischen Folklore-Gesänge und byzantinische Psalmodien. Für Ärger bei den albanischen Behörden sorgt jedoch weniger der Inhalt der Sendungen, sondern vielmehr die Tatsache, daß „Radio Drynoupouli“ enge Kontakte zu dem nationalistisch gesinnten Flügel des bereits erwähnten albanisch-griechischen Kulturbundes „Omonia“ unterhält und daß bereits 40 junge Griechen aus Albanien, nach Angaben des Rundfunkmitarbeiters *Pope Joel Konstantaros*, am Bischofssitz in Konitsa zur Ausbildung angeworben wurden, um sie später zum Missionieren einzusetzen. Für Tirana ist dies ein äußerst zweifelhaftes Unternehmen. Bereits am 25. Juni 1993 wurde von der albanischen Regierung der griechisch-orthodoxe Archimandrit *Chrysostomos*, der ursprünglich in Gjirokoster im pastoralen Dienst tätig war, mit der Begründung ausgewiesen, unter den Albaniengriechen separatistische Stimmung zu schüren.

### Die Minderheitenfrage bleibt auf der Tagesordnung

Als Ausnahme im Kreis der griechisch-orthodoxen Würdenträger wird nach diversen Presseberichten der vom Ökumenischen Patriarchat für den Aufbau der albanischen orthodoxen Kirche im Januar 1991 in Tirana eingesetzte Erzbischof *Anastasios Janulatos* gesehen. Obwohl seine Ernennung in politischen wie auch kirchlichen nationalistischen Kreisen heftige Reaktionen ausgelöst hat – man sah darin eine griechische Bevormundung und eine Gefahr für die Autokephalie der Orthodoxen Kirche Albanien –, hat der 63jährige Grieche bisher keine pro-griechische Haltung erkennen lassen. Im Gegenteil, er rief stets zur Besonnenheit auf, kritisierte die Ausweisung mehrerer Tausend albanischer Gastarbeiter aus Griechenland und verurteilte die Grenzzwischenfälle. In letzter Zeit zeigte sich aber auch er besorgt um die Spannungen unter den ethnischen Griechen

in Südalbanien und um die dortige Präsenz meist paramilitärischer Polizeikräfte. Ob er auf Dauer in Albanien bleiben darf, ist noch nicht endgültig entschieden. In dem Ende 1994 gescheiterten *Verfassungsentwurf* wurde nämlich im Artikel 7 Absatz 4 zur Bedingung gemacht, daß Oberhäupter religiöser Gemeinschaften in Albanien geboren sein, die albanische Staatsangehörigkeit besitzen und seit mindestens 20 Jahren in Albanien gelebt haben müssen.

Die Minderheitenfrage in Albanien ist und bleibt auch weiterhin ein wichtiges Diskussionsthema. Der Vorsitzende der Union für Menschenrechte, *Vasil Melo*, legte neulich in einem Interview für die „Neue Zürcher Zeitung“ großen Wert auf die Feststellung, daß die albanischen Griechen keine Autonomie, sondern nur jene Rechte für sich beanspruchen wollten, die den Minderheiten gemäß den internationalen Konventionen zustehen. Es bleibt auch festzustellen, daß die griechische Minderheit im albanischen Parlament vertreten ist und trotz anderweitiger Meldungen in ihren Siedlungsgebieten vor allem in den Bezirken Gjirokaster, Saranda und Delvina Schulen für sie eingerichtet wurden. An der Hochschule von Gjirokaster ist im Oktober 1994 eine Abteilung für griechische Sprache zur Ausbildung von Lehrkräften eröffnet worden.

Über mangelnde Repräsentanz in der öffentlichen Verwaltung, in der Polizei und beim Militär beklagen sich oft die Vertreter der Albaniengriechen. Meistens scheint dies jedoch weniger mit staatlicher Willkür zu tun zu haben, sondern vielmehr damit, daß das dafür geeignete Personal es zumeist vorzieht, in Griechenland zu arbeiten. Dem serbischen Wochenblatt „Vreme“ zufolge sollen Albaniengriechen allein 1993 etwa 100000 griechische Einreise- und Arbeitsvisa erhalten haben. Infolge des Massenexodus sei es auch nicht verwunderlich, daß viele südalbanische Dörfer, die früher vorwiegend von ethnischen Griechen besiedelt waren, heute beinahe entvölkert wirken.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen im Blick auf die Beilegung des griechisch-albanischen Konflikts. Während die Regierung in Tirana die internationale Staatengemeinschaft mehrmals um Vermittlung gebeten hat, setzte Athen auf Druck und Drohungen. Kurz vor Jahresende hatten sich die diplomatischen Beziehungen etwas entspannt. Am Rande des KSZE-Gipfeltreffens im Dezember in Budapest hatte der griechische Außenminister *Papoulias* sein Plädoyer für die Wahrung der Menschenrechte der griechischen Minderheit in Albanien mit versöhnlichen Worten verbunden. Fast zeitgleich hatte Griechenland beim Außenministertreffen der Europäischen Union in Brüssel seine Vorbehalte gegen die Gewährung des ersten Teils eines Finanzhilfepaketes in Höhe von 80 Millionen Mark – zum Ausgleich der albanischen Zahlungsbilanz – fallengelassen.

Die Konzession der Athener Regierung gegenüber Tirana wurde nicht zuletzt durch die offizielle Erklärung der EU-Außenminister möglich, in welcher die albanische Regierung eindringlich zur Respektierung der Menschenrechte, einschließlich der der griechischen Minderheit, ermahnt

wurde. Als Versöhnungsgeste Tiranas galt dann anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung Albaniens vom Faschismus die teilweise Amnestierung von fünf ethnischen Griechen, die unter Anklage der Spionage zu fünf bis sieben Jahren Haft verurteilt wurden. Ihre Strafen wurden um ein Drittel reduziert. Außerdem hatte der albanische Staatspräsident Berisha einem Albaniergriechen, der schon unter der kommunistischen Herrschaft 18 Jahre im Gefängnis verbracht hatte, im Rahmen einer Weihnachtsamnestie die restliche Strafe erlassen.

### Scheitern des Verfassungsreferendums

Der Alltag in Albanien leidet nicht nur unter der Last des Konflikts mit dem Nachbarstaat Griechenland. Die Abrechnung mit der ehemaligen Politprominenz, wie beispielsweise die Prozesse gegen den ehemaligen kommunistischen Staatspräsidenten *Ramiz Alia* und gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten und Führer der oppositionellen Sozialistischen Partei Albaniens *Fatos Nano*, sowie die Repressionen und Verhaftungen kritisch denkender Journalisten, führten zur Zunahme der innenpolitischen Spannungen. Die Entwicklung der Demokratie in Albanien stand dabei auf dem Prüfstein. Die aus den Wahlen im März 1992 als klarer Sieger hervorgegangene Demokratische Partei (DP) unter Sali Berisha geriet immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik. Nicht nur die Redakteure der Tageszeitung „Koha Jone“ (Neue Epoche) oder die Abgeordneten der größten Opposition, der aus der Partei der Arbeit Albaniens hervorgegangene Sozialistischen Partei (SP), sondern auch die Mitglieder der von der DP abgespaltenen Demokratischen Allianz (DA) warfen der DP Inkompetenz, Korruption und das schleppende Vorkommen der albanischen Wirtschaft vor. Als einer der größten Hindernisse wurde immer wieder die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft der DP angesehen.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen führten nicht nur zum mehrmonatigen Boykott der Parlamentssitzungen durch die Opposition, sondern auch zum gegenseitigen Kampf mit allen Mitteln. Bei aller Kritik ist es jedoch nicht zu übersehen, daß die Demokratische Partei seit ihrem Amtsantritt insbesondere auf dem Gebiet der politischen und wirtschaftlichen Reformen Beachtliches geleistet hat. Nach eigener Einschätzung geht es heute 84 Prozent der 3,3 Millionen zählenden Bevölkerung zwar nicht besonders gut, jedoch viel besser als im früheren politischen System; nur 7 Prozent sind unzufriedener als früher. Zu diesem Ergebnis kam eine Umfrage, die im Auftrag der EG 1993 in Albanien durchgeführt wurde. Die positive Lebenseinstellung im Lande der Skipetaren ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß emigrierte Albaner jährlich etwa 800 Millionen US-Dollar nach Hause schicken, um damit ihre Familienangehörigen zu unterstützen. Von einer baldigen Annäherung an den europäischen Standard kann trotz allem noch nicht gesprochen werden. Auf Auslandshilfen ist die albanische

Volkswirtschaft immer noch dringlich angewiesen. Die Bundesrepublik Deutschland fördert bereits mit knapp 60 Millionen Mark durch Beratungs- und Finanzierungshilfe private Kleinbauern, den privaten Handel sowie die Gründung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die innenpolitischen Spannungen führten zuweilen zu gewalttätigem Einschreiten der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten, zur Verhaftung und Mißhandlung von Oppositionspolitikern oder Zeitungsredakteuren, sogar zu mysteriösem Verschwinden von politisch Andersdenkenden. Es fand zwar bereits eine fast 90 prozentige Reprivatisierung des Bodens statt, wegen Auseinandersetzungen zwischen den früheren und den durch das Privatisierungsgesetz begünstigten neuen Besitzern ist es zu zahlreichen Hungerstreiks oder auch zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Die bisher größte Niederlage der Regierung bedeutete das Scheitern eines Referendums zur neuen Verfassung Ende November 1994. Die Volksbefragung über die Verfassung war in Wahrheit eine Abstimmung über Präsident Sali Berisha und die von der Demokratischen Partei geführte Regierung. 54 Prozent der Befragten votierten ablehnend. Die neue Verfassung, an der auch Fachleute des Europarates mitgewirkt haben, hätte zur Grundlage der demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung werden sollen, ist jedoch zum Gegenstand des innenpolitischen Kampfes geworden. Nach Meinung ausländischer Beobachter ist dadurch der politische Riß durch Albanien tiefer geworden. Als Folgeerscheinung waren Entlassungen und Rücktritte mehrerer Minister zu registrieren. Für vorgezogene Neuwahlen scheint es zur Zeit im albanischen Parlament jedoch keine Mehrheit zu geben.

Beim und nach dem Pastoralbesuch Johannes Paul II. im April 1993 in Albanien (vgl. HK, Juni 1993, 282 ff.) sah es noch so aus, als ob sich auch die Kirchen und Konfessionen angesichts der neugewonnenen Freiheit in dem sich nunmehr als demokratisch bezeichnenden Staat gleichberechtigt entfalten und ungestört neu organisieren könnten. Staatlicherseits wurde dies jedenfalls versprochen. Selbst Staatschef Sali Berisha beteuerte damals in einem Interview gegenüber der deutschen Tageszeitung „Die Welt“: „In Albanien herrscht volle Meinungsfreiheit und vor allem Religionsfreiheit; die Menschen können sich sicher fühlen.“ An kirchlichen Aktivitäten fehlte es tatsächlich nicht. Eine Amtshandlung des vom Papst in Shkoder geweihten Erzbischofs von Durres-Tirana, *Rrok Mirdita*, war die Einweihung einer neuen Kirche in Bilaj, in einer Stadt, die als Symbol für die Standhaftigkeit der albanischen Katholiken gilt. Das Leitungsgremium der neuen albanischen Bischofskonferenz wurde bei deren erster Zusammenkunft Ende Mai 1993 gewählt. Zum Vorsitzenden wurde der Erzbischof von Shkoder, *Frano Ilia*, zu seinem Stellvertreter der bereits erwähnte Erzbischof von Durres-Tirana, *Rrok Mirdita*, bestimmt. Sekretär wurde *Zef Simoni*, Weihbischof in Shkoder. Auch die Reise von Erzbischof *Mirdita* im Oktober 1993 zu einem Partnerschaftstreffen des neuen katholischen Hilfswerks für

Osteuropa „Renovabis“ verlief reibungslos. Er berichtete dort, die Menschen in Albanien seien „für Christus niemals offener als heute“. Die Kirche habe zwar bei Null beginnen müssen, der Priestermangel und das Fehlen von Kirchenbauten seien erdrückend, Finanz- und Pastoralhilfe dringend nötig. Der gute Wille sei aber sowohl beim Klerus als auch bei den Gläubigen vorhanden. Die 30 Priesteramtskandidaten gäben Anlaß zur Hoffnung. Auch die Zusammenarbeit zwischen Katholiken, Orthodoxen und Muslimen, insbesondere auf der Leitungsebene, sei beinahe idyllisch.

### Rückschläge im Verhältnis zum Staat und zu den Muslimen

Dann kam wie ein Blitzschlag das *Ende der Euphorie*. Radio Vatikan brachte die alarmierende Meldung, wonach die albanischen Bischöfe die „totale Diskriminierung“ der Katholiken angeprangert haben. In einem Schreiben an die Staatsführung beklagte die Bischofskonferenz eine „Indoktrination des islamischen Glaubens“, die sogar die humanitären Aktivitäten des Ordens von Mutter Teresa, die selbst Albanerin ist, beeinträchtigt. Außerdem kritisierten die Bischöfe, daß Ministerien und Behörden die Erlaubnis für verschiedene kirchliche Projekte und die Rückgabe von Kirchengut hinauszögerten.

Darüber hinaus wurde das Fehlen von Gesetzen über die religiöse Freiheit und gesetzlichen Regelungen für private karitative Initiativen beanstandet. Die Bischöfe wiesen darauf hin, daß die katholische Kirche in Albanien im Erziehungs- und Gesundheitsbereich zum Wohle aller Bürger tätig sei. Auch der 1993 in Tirana von der Ordensgemeinschaft der Salesianer eröffneten und katholischen wie nichtkatholischen Schülern offen stehenden Don-Bosco-Berufsschule lege die staatliche Bürokratie immer größere Steine in den Weg. Die Bischöfe waren ernsthaft darüber besorgt, daß eine derartige Politik der Regierung die Beziehungen zwi-

schen dem albanischen Staat und der katholischen Kirche ernstlich behindern könne.

Aufsehenerregend wirkte auch die Nachricht, daß ägyptische Fundamentalisten bei der Übersetzung und Herausgabe des Korans in albanischer Sprache versucht haben, die albanischen Muslime zu beeinflussen. In dem Vorwort der in Kairo gedruckten Koran-Ausgabe stand nämlich ursprünglich, Albanien habe sich zwar vom Kommunismus befreit, eine neue Bedrohung bilde aber das Christentum. Die albanische Regierung wurde diesmal hellhörig. Wie von Erzbischof Mirdita zu erfahren war, wurde dieser Text auf staatliche Anordnung noch vor der Einfuhr nach Albanien aus jedem der Exemplare entfernt. Die immer wieder erscheinenden diversen Schriften und Flugblätter mit islamischen Parolen gegen die Aktivitäten der katholischen Kirche in Albanien spiegeln nach Überzeugung der Bischöfe nicht die Ansichten der Leitung der islamischen Gemeinden wider, sondern seien nur Einzelfälle der Intoleranz. Daher sprach sich die katholische Kirche für die Fortsetzung des Dialogs auch mit dem Islam aus.

Wie Erzbischof Mirdita öfters betonte, sei Albanien ein besonderer Ort in Europa, wo Muslime, Orthodoxen und Katholiken aufeinandertreffen. Ihm schwebte der Gedanke vor, in Tirana ein Zentrum für interreligiöse Fragen einzurichten. Außerdem möchte der Erzbischof begabten jungen Muslimen Gelegenheit geben, die christliche Religion in Rom zu studieren. Auch mit der albanischen Orthodoxen Kirche strebt man eine enge Kooperation an. Katholische und orthodoxe Kirchenführer bildeten im Februar 1994 eine gemeinsame Delegation für die Friedenskonferenz in Istanbul. Den Worten von Erzbischof Mirdita zufolge sollte die Welt sehen, daß zumindest in Albanien die religiösen Unterschiede nicht zu Spannungen und Feindseligkeiten führen müssen. Er habe durch das häufigere Treffen mit den Verantwortlichen den Eindruck gewonnen, daß Katholiken, Orthodoxe und Muslime entschlossen seien, sich durch Schwierigkeiten nicht vom Weg der Zusammenarbeit abbringen zu lassen.

*Josef Bata*

## Kurzinformationen

### Weltjugendtreffen im Zentrum der Fernostreise des Papstes

Die Philippinen, deren Bevölkerung zu 85 Prozent Katholiken sind, Papua-Neuguinea, das australische Sydney und Sri Lanka besuchte Papst Johannes Paul II. auf seiner elftägigen Fernostreise vom 12. bis 21. Januar. Im Zentrum dieser 63. Auslandsreise

stand dabei der zehnte *Weltjugendtag* in Manila an dessen Höhepunkt, der Messe mit dem Papst, geschätzte vier Millionen Menschen teilnahmen. Dabei rief der Papst zu Verantwortungsbewußtsein und Christusnachfolge auf, warnte zugleich vor den neuen Formen der Sklaverei, der sexuellen Ausbeutung und des Drogenmißbrauches und mahnte die Jugendlichen an ihren Auftrag zur Evangelisierung Asiens. Erst-

mals waren unter den Teilnehmern auch katholische Jugendliche aus Vietnam, Laos und Kambodscha. Überraschend nahm auch, neben einer großen Anzahl Taiwanesen und Vertretern der chinesischen „Untergrundkirche“, eine Delegation der regimenahen „Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung“ aus Peking am Weltjugendtag teil, was als weitere Versöhnungsgeste der Volksrepublik